

Durch Transzendierung der Werte des ersten Ranges eine verbindliche demokratische *Global Governance* erreichen

John M. Bunzl

Zusammenfassung:

Verbindliche demokratische *Global Governance*ⁱ ist [im integralen Diskurs] im Prinzip als Lösung zweiten Ranges für globale Probleme anerkannt. Aber in Anbetracht der derzeitigen Vorherrschaft von Werten ersten Rangesⁱⁱ besteht Anlass zur Sorge, dass eine globale Demokratie sehr wahrscheinlich dazu führen würde, dass die Bürger im besten Fall für kulturell unterschiedliche globale politische Regelwerke (engl.: policies) ersten Ranges, im schlimmsten Fall für potenziell gefährliche Regelungen und Strategien stimmen würden. Wie kann *Global Governance* überdies Nationen wie China schmackhaft gemacht werden, wenn sie Demokratie auf globaler Ebene als inkompatibel mit ihrer nicht-demokratischen nationalen Politik ansehen? Diese Arbeit zeigt, dass die meisten existierenden Vorschläge für demokratische *Global Governance* ihr Ziel verfehlen und keine befriedigenden Antworten auf solche Fragen geben. Dadurch lassen sie ihre recht partiellen Perspektiven ersten Ranges erkennen. Daher wird in dieser Arbeit ein alternativer Ansatz diskutiert; ein Vorschlag, der als aperspektivisch und zweiten Ranges anzusehen ist und damit als fähig, diese Probleme zu lösen. Die Arbeit legt nahe, dass verbindliche *Global Governance*, um eine Lösung zweiten Ranges für

ⁱ A.d.Ü.: Mögliche deutsche Übersetzungen sind „Weltpolitik“, „Weltinnenpolitik“ oder „globale Ordnungs- und Strukturpolitik“. Keiner dieser Begriffe scheint sich durchgesetzt zu haben, daher wird in dieser Übersetzung der englische Begriff verwendet. „**Governance**“ (von frz. *gouverner*, „verwalten, leiten, erziehen“, aus lat. *gubernare*; gleichbedeutend griech. *κυβερνάω /kybernáo*: das Steuerruder führen; vgl. Kybernetik) – oft übersetzt als **Regierungs-, Amts- bzw. Unternehmensführung** –, auch **Lenkungsform**, bezeichnet allgemein das Steuerungs- und Regelungssystem im Sinn von Strukturen (Aufbau- und Ablauforganisation) einer politisch-gesellschaftlichen Einheit wie Staat, Verwaltung, Gemeinde, privater oder öffentlicher Organisation. Häufig wird es auch im Sinne von Steuerung oder Regelung einer jeglichen Organisation (etwa einer Gesellschaft oder eines Betriebes) verwendet. Der Begriff *governance* wird häufig unscharf verwendet.“ (Quelle Wikipedia, abgerufen am 16.04.2012)

ⁱⁱ A.d.Ü.: Gemäß des Modells „Spiral Dynamics“ von Don Edward Beck und Christopher Cowan

globale Probleme sein zu können, durch einen wirklichen Vorschlag zweiten Ranges ergänzt werden muss.

Schlüsselworte:

Global Governance, globale Demokratie, Weltparlament, globale Kooperation

John M. Bunzl

International Simultaneous Policy Organisation

P.O. Box 26547, London, SE3 7YT, UK

www.simpol.org

Deutsche Übersetzung:

Anke Lessmann, Dirk Weller, Dennis Wittrock

Stand: 26.07.2012, www.integralesforum.org / <http://de.simpol.org>

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG:	1
SCHLÜSSELWORTE:	2
WARUM GLOBAL GOVERNANCE?	4
ZWEI KERNPROBLEME: WERTEGRUPPEN ERSTEN RANGES UND NICHT-DEMOKRATISCHE NATIONEN	4
DAS PROBLEM DER WERTESYSTEME ERSTEN RANGES.....	5
DAS PROBLEM DER NICHT-DEMOKRATISCHEN NATIONEN	5
DIE FÄRBUNG GLOBALER DEMOKRATIE MIT GOVERNANCE-BEGRIFFEN ERSTEN RANGES	7
WELTPARLAMENTE UND DIREKTE GLOBALE DEMOKRATIE.....	8
DIE VEREINTEN NATIONEN (UNO) UND DIE GEGENWÄRTIGEN GLOBALEN INSTITUTIONEN	9
DAS E-PARLAMENT UND TRANSNATIONALE POLITISCHE PARTEIEN.....	10
GLOBAL GOVERNANCE NOCH EINMAL NEU KONZIPIEREN	12
DESTRUKTIVER INTERNATIONALER WETTBEWERB.....	13
PSEUDO-DEMOKRATIE.....	16
DIE ÜBERWINDUNG DES GEFANGENENDILEMMAS: DIE ETABLIERUNG VON PRINZIPIEN FÜR EINE GLOBALE VEREINBARUNG	17
DIE NOTWENDIGKEIT VON SIMULTANEN MAßNAHMEN.....	17
DIE ARTIKULIERUNG EINES ZUKÜNFTIGEN KONTEXTES FÜR KOOPERATION	18
AUFBAU VON KOOPERATION VON REGIERUNGEN IN NICHT-DEMOKRATISCHEN NATIONEN MIT BÜRGERN IN DEMOKRATISCHEN NATIONEN	18
DIE NOTWENDIGKEIT EINES RAHMENS FÜR MULTI-THEMATISCHEN REGELWERKEN.....	22
DIE NOTWENDIGKEIT DES SUBSIDIARITÄTSPRINZIPS UND DER MAXIMALEN BEWAHRUNG NATIONALER AUTONOMIE	23
SUBSIDIARITÄT UND IHRE WIRKUNG AUF POLITIK	25
DIE NOTWENDIGKEIT INTRA- UND INTERNATIONALER PHASEN DER RICHTLINIENENTWICKLUNG	25
ABER WIE WIRD DAS ALLES IN DIE PRAXIS UMGESETZT? WIE KANN TATSÄCHLICH GLOBALER KONSENS GESCHAFFEN WERDEN?	29
SIMULTANITÄT UND DAS NON-DUALE.....	33
LITERATURHINWEISE	35
ENDNOTEN	37

Warum *Global Governance*?

Ken Wilber und andere integrale Denker weisen seit einiger Zeit darauf hin, dass Klimawandel, globale Finanzkrisen, übermäßige grenzüberschreitende Macht von Unternehmen, weltweite Armut und andere globale Bedrohungen sämtlich *weltzentrische* Probleme sind: Probleme, die nicht im Rahmen unserer derzeitigen überwiegend *nationenzentrischen* Governance-Systeme gelöst werden können (Wilber, 2000; McIntosh, 2007; Bunzl, 2009). Tatsächlich sind die negativen sozialen und umweltbedingten Konsequenzen der Globalisierung so schwerwiegend, dass eine Transformation in Richtung einer Form von *Global Governance* zunehmend als einziger Weg gesehen wird, unseren globalen Markt mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit kompatibel zu machen (Stewart, 2000). Wie Wilber anmerkt: „Der moderne Nationalstaat, anfangs auf Rationalität gegründet, hat sich mittlerweile in seinen eigenen immanenten Widersprüchen und Begrenzungen verfangen und kann nur durch eine visionslogisch/planetarische Transformation erlöst werden“ (Wilber, 2000, S. 192).

Zwei Kernprobleme: Wertegruppen ersten Ranges und nicht-demokratische Nationen

Dieser Beitrag nähert sich dem Thema der verbindlichen *Global Governance*, indem er zwei Hauptprobleme oder Haupthindernisse anspricht, die in der integralen Theorie innerhalb der Holarchie von Wertesystemen ersten Ranges erläutert werden (Wilber, 2000): Wertesysteme, die ernsthafte Zweifel an der Wünschbarkeit – geschweige denn der Realisierbarkeit – verbindlicher demokratischer *Global Governance* hervorrufen. Die Verteilung von Wertesystemen, basierend auf Farbbezeichnungen von Spiral Dynamics (Beck & Cowan, 1996), kann unten in Abb. 1 betrachtet werden. Auch wird gezeigt, wie sie sich weltweit in staatsbürgerlichen Prozessen und ökonomischen Systemen („unten rechts“) wiederfinden. ⁱⁱⁱ

sie sich weltweit in staatsbürgerlichen Prozessen und ökonomischen Systemen („unten rechts“) wiederfinden. ^{iv}

ⁱⁱⁱ A.d.Ü.: Gemäß integraler Landkarte von Ken Wilber (Wilber, 2000, 2001)

^{iv} A.d.Ü.: Gemäß integraler Landkarte von Ken Wilber (Wilber, 2000, 2001)

Das Problem der Wertesysteme ersten Ranges

Das erste unserer Probleme taucht auf, wie Abb. 1 zeigt, weil die große Mehrheit der Weltbevölkerung immer noch in Wertesystemen ersten Ranges lebt (Wilber, 2000; Beck & Cowan, 1996); Wertesysteme, die sich wahrscheinlich als ungesund herausstellten, wenn sie in globale Politik übersetzt würden, weil jedes eine bestimmte kulturelle Perspektive in den Vordergrund stellt. Würde globale Demokratie existieren, bestünde daher eine ziemlich große Gefahr, dass kulturell entzweieude und/oder schlichtweg gefährliche politische Regelwerke ersten Ranges entwickelt, von der Mehrheit gewählt und auf globaler Ebene umgesetzt würden. Globale Demokratie in der heutigen Welt einzuführen, könnte daher damit enden, eine politische Technologie zweiten Ranges in die Hände derer fallen zu lassen, die Moral und politisches Bewusstsein auf einer Ebene des ersten Ranges entwickelt haben – eine potenzielle globale Katastrophe.

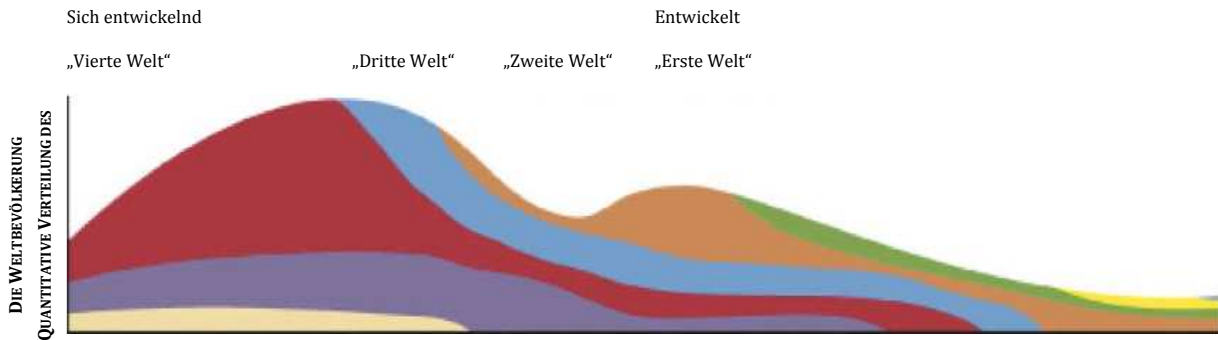
1

Das Problem der nicht-demokratischen Nationen

Das zweite unserer Probleme liegt darin, dass unterschiedliche Wertesysteme weltweit zu unterschiedlichen Ebenen der bürgerlich-politischen Entwicklung führen, und dass diese sich dramatisch voneinander unterscheiden, je nachdem, ob die Nationen demokratisch sind oder nicht (Tonkin, 2010). Letztlich ist das Konzept der repräsentativen Demokratie erst ernsthaft mit der westlichen Aufklärung entstanden, d.h. mit der frühen rationalen orangen Welle der Entwicklung (Wilber, 2000; Habermas, 1979).

Geschichtete Demokratie*

Die Entstehung von Regierungssystemen und –Strukturen im Zeitverlauf



Stufe/Welle	Stufe/Welle	Stufe/Welle	Stufe/Welle	Stufe/Welle	Stufe/Welle	Stufe/Welle	Stufe/Welle
1	2	3	4	5	6	7	8
Beige	Purpur	Rot	Blau	Orange	Grün	Gelb	Türkis

POLITISCHE SYSTEME UND MACHTVERTEILUNG

<i>Überlebenssipp</i>	<i>Stammesordnungen</i>	<i>Feudale Reiche</i>	<i>Autoritäre Demokratien</i>	<i>Vielparteien-demokratie</i>	<i>Soziale Demokratie</i>	<i>Geschichtete Demokratie</i>	<i>Holonische Demokratie</i>
	Haiti Somalia	Taliban	Kuba Singapur	US & GB	Skandinavien		
		verbündet	unitär	föderalistisch	einheitlich	integral	

ÖKONOMISCHE SYSTEME UND RESSOURCENVERTEILUNG

Bei Hunger wird gegessen	Gegenseitiger Austausch und Blutsverwandtschaft	Dem Sieger gehört die Beute	Die Gerechten bekommen den Lohn	Jeder handelt für sich selbst um Erfolg zu haben	Alle sollten den gleichen	Alle Formeln tragen zur Gesundheit der Spirale bei	Ressourcen fokussieren auf alles Leben
--------------------------	---	-----------------------------	---------------------------------	--	---------------------------	--	--

*Demokratie oder „die Herrschaft des Volkes“ kann viele verschiedene Formen und Ausdruckweisen annehmen. Diese werden beeinflusst durch den natürlichen Lebensraum, die Muster genetischer und memetischer Migration, die einzigartigen Lebensbedingungen, die Wirkung von unvorhergesehenen Ereignissen, das Geflecht von Menschen und Kulturen und die Qualität von Führung in allen Aspekten der Gesellschaft. Diese Systeme und Strukturen entstehen in Antwort auf das einzigartige Set von Problemen der Existenz in jeder Gesellschaft. Bewegung kann in Richtung höherer oder geringerer Komplexität erfolgen. Es gibt keine ideale oder universale Form. Versuche, das Modell von einer Art von Umständen auf andere zu übertragen, sind sinnlos.

www.globalvaluesnetwork.com
2002

Telefon 940-383-1209 USA

© Don Edward Beck,

Abbildung 1²

Daher sind Nationen, die im Wesentlichen eine Bernstein [/blaues] bzw. traditionelle (z.B. prä-orangene bzw. prä-moderne) Ebene von staatsbürgerlicher Entwicklung zeigen - wie zum Beispiel die Volksrepublik China - nicht-demokratisch, während andere in Orange (modern) oder höher demokratisch sind. Wenn man sich vorstellt, wie alle diese Ebenen staatsbürgerlicher Entwicklung gemeinsam in einer Form verbindlicher *Global Governance* beheimatet sein könnten, ist zu vermuten, dass nicht-demokratische Nationen eine demokratische *Global Governance* als Bedrohung für ihre nationalen, nicht-demokratischen politischen Arrangements sehen. Tatsächlich ist es unwahrscheinlich, dass China viel Interesse daran hat, seinen Bürgern zu erlauben, in einer demokratischen Governance auf *globaler* Ebene mitzuwirken, denn das würde sie nur auf die Frage bringen, warum sie nicht die gleichen Rechte auf *nationaler* Ebene genießen. So wünschenswert solche Fragestellungen vielleicht sein mögen, uns beschäftigt hier, dass Nationen wie China demokratische *Global Governance* wahrscheinlich als Unterdrückung ansehen würden oder zumindest als störend in ihren derzeitigen innerstaatlichen Regelungen.

Es ist daher notwendig, zu erkennen, dass ein Konflikt besteht zwischen nicht-demokratischen Nationen auf der einen Seite, die auf einer Bernstein [/Blauen] (traditionellen) oder noch tieferen Ebene von staatsbürgerlicher Entwicklung stehen, und demokratischen Nationen in Orange (modern) oder höher auf der anderen Seite. Jeglicher Vorschlag bezüglich *Global Governance*, der es versäumt, diese Divergenz zu berücksichtigen, wird sich daher sehr wahrscheinlich als nicht umsetzbar erweisen.

Die Färbung Globaler Demokratie mit Governance-Begriffen ersten Ranges

Nachdem wir unsere zwei Hauptprobleme skizziert haben, beginnen wir unsere Untersuchung mit der Feststellung, dass wir grundsätzlich dazu tendieren, schon die Idee von globaler Demokratie oder *Global Governance* mit vorgefassten Begriffen ersten Ranges zu färben. Das heißt, dass allein die Idee die große Mehrheit derer, die das Thema der *Global Governance* betrachten, dazu zu bringen scheint, das momentane mentale Modell der nationalen repräsentativen Demokratie zu nehmen und es einfach auf die globale Ebene zu übertragen. Dabei wird angenommen, dass das Konzept des demokratischen *Global Governance* ein Weltparlament ist mit gewählten Repräsentanten der ganzen Welt oder vielleicht eine neue Form der Vereinten Nationen, die ein solches Parlament einschließen würde. In der Tat tendieren viele existierende Vorschläge, die eine Form von *Global Governance* befürworten, dazu, diese Governance-Anschauungen ersten Ranges auszudrücken (UNPA³, Falk & Strauss⁴, Voteworldparliament.org⁵,

Monbiot⁶, WCPA⁷, Experiment für ein Weltparlament⁸). Alternativ gehen andere Vorschläge davon aus, dass moderne Technologie heutzutage den Bedarf an parlamentarischen Repräsentanten überflüssig macht und schlagen *direkte* Formen von globaler Demokratie vor. Bürger könnten dann mittels internetbasierter Systeme für Richtlinienformulierung und Abstimmung direkt ihre eigene Form der demokratischen *Global Governance* aufbauen und umsetzen (WDDM⁹).

Weltparlamente und direkte globale Demokratie

Mit den beiden Problemen - Werte ersten Ranges und nicht-demokratische Nationen im Blick können wir ohne Weiteres verstehen, warum Vorschläge wie die gerade genannten nicht geeignet sind, die Probleme anzugehen. Um mit allen Ebenen von Legitimation und Effektivität zusammenzuarbeiten, müsste ein Weltparlament oder eine Form von direkter globaler Demokratie mit dem Einverständnis von China oder anderen nicht-demokratischen Nationen eingesetzt werden. Aber wir können davon ausgehen, dass es unwahrscheinlich ist, dass Demokratie auf *globaler* Ebene von Nationen akzeptiert wird, die Demokratie nicht einmal auf *nationaler* Ebene praktizieren. Daher ist leicht einsehbar, dass weder Weltparlamente noch Formen der globalen direkten Demokratie funktionsfähig wären.

Überdies setzen beide Vorschläge voraus, dass die meisten Menschen auf der Welt schon eine weltzentrische Ebene von bürgerlich politischem Bewusstsein haben und daher konsequenterweise eine *Global Governance* als etwas sehen, an dem sie teilnehmen möchten. Aber wie wir bereits aufgezeigt haben: damit Bürger an Demokratie glauben, und sei es nur auf einer *nationalen* Ebene, müssen wir bereits von einem orangen oder höheren Profil im bürgerlich politischen Bewusstsein ausgehen. Wie Abb. 1 zeigt, befinden sich jedoch in Wirklichkeit viele Millionen von Bürgern in Entwicklungsländern immer noch auf einer stammesbezogenen ethnozentrischen (Bernstein [/blau]) oder niedrigeren Entwicklungshöhe; auf einer Ebene, die sogar eine Governance auf *nationaler* Ebene als verdächtig oder unnötig ansehen würde (Bunzl, 2012). Daher zeigt die Annahme, dass diese Menschen aktiv an einer *Global Governance* teilnehmen würden, einfach nur den groben Reduktionismus, der diesen Vorschlägen innewohnt. Dieser Reduktionismus ist in der derzeitigen westlichen (Orange/Grün) (modernen/postmodernen) Weltsicht verwurzelt, die effektiv die Holarchie der verschiedenen Wertesysteme ersten Ranges ignoriert, welche die linksseitigen Quadranten ausmachen (Wilber, 2000).

Wir behaupten, dass sowohl Vorschläge, die Formen von direkter *Global Governance*

befürworten, als auch jene, die nach einer Art Weltparlament rufen, von inadäquaten Konzepten ersten Ranges von Governance getragen sind. Sie scheitern daher offenkundig daran, die zwei von uns identifizierten Schlüsselprobleme zu überwinden.

Die Vereinten Nationen (UNO) und die gegenwärtigen globalen Institutionen

Wir sollten auch überlegen, inwieweit die UNO und die angeschlossenen globalen Institutionen – die World Trade Organisation, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank – einen gangbaren Weg in Richtung verbindliche *Global Governance* bieten. Obwohl diese Institutionen den vielleicht am besten geeigneten Weg der heutigen Zeit repräsentieren, zeigt eine nähere Analyse, dass die UNO viel zu tief in dem nationenzentrierten System verankert ist, das sie transformieren möchte. Entscheidend ist, dass die UNO keine autonome objektiv verbindliche Autorität über ihre Mitgliedsstaaten hat, und da sie eine solche Autorität nur in dem unwahrscheinlichen Fall erhalten würde, dass Nationen freiwillig ihre eigene aufgeben, scheint die Aussicht auf eine Auflösung dieses Widerspruchs durch die UNO sehr fernliegend.

Das Problem ist in der Tat, dass die globalen Institutionen immer noch zu stark von Nationalstaaten beeinflusst sind, und zwar besonders von den Mächtigsten unter ihnen. Die einzige Macht der UNO ist nicht wirklich ihre eigene Macht, weil die Sanktionsmacht und der Einsatz von Gewalt nicht dem Mandat der UNO als autonomer Einheit unterstellt ist, sondern nur dem Sicherheitsrat¹⁰, das heißt den ständigen Mitgliedsstaaten (Whittaker, 1997). Was den IWF und die Weltbank angeht, sind diese wesentlich von ihren Hauptaktionären beeinflusst, und das sind wiederum die mächtigsten Staaten. Die WTO auf der anderen Seite hat im Prinzip eine ähnliche konsensuale Struktur. Aber praktisch können nur die mächtigsten Staaten die WTO-Regeln und ihre Prozesse zur Konfliktschlichtung anwenden, um ihre Interessen zu schützen oder weiterzuentwickeln (Hoekman & Mavroidis, 2000). Darüber hinaus dienen die Regeln der WTO nur dazu, eine globale Ökonomie gerecht zu regulieren, was, weil sie bereits strukturell die mächtigsten nationalen Ökonomien favorisiert, allerdings lediglich *einen Anschein* von Fairness bietet (Sachs et. al., 1998). Unter diesen Umständen ist es schwierig, sich vorzustellen, die UN oder andere globale Institutionen wären fähig, eine Position zu entwickeln, in der sie die Nationalstaaten in einer Art lenken könnten, die autonom, objektiv, fair oder verbindlich wäre - mit anderen Worten, in einer Art, die als effektiv beschrieben werden kann.

Die heutigen globalen Institutionen, so könnten wir schlussfolgern, zeigen eine pathologische *Kommunion* (oder Fusion) mit Nationalstaaten und insbesondere mit den

mächtigsten unter ihnen. Statt holarchisch *über* den Nationen zu stehen, wie es sein müsste, wenn wir *Global Governance* auf objektive und verbindliche Weise anwenden würden, befinden sich diese Institutionen stattdessen im Wesentlichen auf *derselben holonischen Ebene* wie die Nationen. Das bedeutet, dass sie trotz ihres weltzentrischen Anspruchs in subtiler, aber entscheidender Weise immer noch nationenzentrisch sind, immer noch fest gebunden innerhalb einer Mentalität ersten Ranges. Aber da diese Institutionen *von* Nationalstaaten geschaffen wurden, sollte dies vielleicht keine große Überraschung sein.

Seite an Seite mit dieser Pathologie sitzt sein umgekehrter Zwillingsbruder: die *exzessive Agenz* der Nationalstaaten selber. Ihre Unfähigkeit, sich auf irgendetwas Substantielles zum Klimawandel oder bei anderen globalen Themen zu einigen, zeigt, dass sie aufgrund ihres Bedürfnisses, nur die eigenen kurzfristigen nationalen Interessen zu verfolgen, in vielen lebenswichtigen Bereichen nicht ‚kommunizieren‘ (d.h. ko-operieren) können (Johnston, 1996). Nationalstaaten haben das Problem der *Entfremdung* voneinander, einer Entfremdung, die sich im Nationenzentrismus selbst ausdrückt. Diese gepaarten aber gegensätzlichen Pathologien – einerseits globale Institutionen, die allzu sehr mit mächtigen Nationen verschmolzen sind und andererseits Nationen, die übermäßig voneinander entfremdet sind – ermöglichen es nicht nur, dass globale Probleme immer schlimmer werden, sondern sie verdeutlichen auch die extrem geringen Aussichten der globalen Institutionen oder der Nationen der Welt, diese globalen Probleme zu lösen, wenn wir sie ganz ihren eigenen Möglichkeiten überlassen.

Das e-Parlament und transnationale politische Parteien

Bevor wir weitergehen, sind zwei weitere Ansätze zu *Global Governance* erwähnenswert. Einer ist das e-Parlament Projekt¹¹: eine unabhängige, nicht-regierungsbezogene Initiative, die darauf abzielt, alle national gewählten Parlamentsmitglieder (PMs) zusammen in einem Internetforum zu verlinken, um so eine Plattform für die globale Koordination der Politik zur Verfügung zu stellen.

Aber abgesehen davon, dass dieser Vorschlag nicht-demokratische Nationen ausschließt, schließt er auch für Bürger demokratischer Staaten aus, dass die politischen Richtlinien, die formuliert werden, für sie verbindlich sind. Der Vorschlag geht davon aus, dass, nur weil die teilnehmenden PMs von Bürgern in ihre *nationalen* Parlamente gewählt wurden, sich diese Legitimation automatisch auf ihre demokratische Legitimation überträgt, *globale* Richtlinien zu entwickeln und einzusetzen. Aber das wäre so ähnlich, als ob wir lokale Politiker wählen, die nur lokale Aufgaben haben, wie

etwa, Parkplatz-Ordnungen zu bestimmen, nur um plötzlich zu entdecken, dass sie auch die nationale Außenpolitik mitentwickeln. In der Tat erfordert die Natur jeder höheren Ebene von Governance – der jeweils umfangreichere und mächtigere Geltungsbereich ihrer Aktivitäten – dass jede neue Ebene, soweit es möglich ist, gegenüber den Bürgern *direkt* rechenschaftspflichtig ist. Aber wenn beim e-Parlament diese Bedingung selbst für Bürger von demokratischen Staaten nicht erfüllt ist (und gleichzeitig die nicht-demokratischen Nationen ignoriert werden), muss die Machbarkeit dieses Ansatzes als zweifelhaft angesehen werden.

Ein anderer Ansatz ist das Konzept der transnationalen politischen Partei. Dies ist die Idee, dass der Konflikt zwischen nationalen Eigeninteressen und dem globalen gemeinsamen Interesse irgendwie beigelegt werden könne, indem politische Parteien oder internationale Parteibündnisse über nationale Grenzen hinausgehen. Dann könnten sie, so die Hoffnung der Parteien, die Koordination der Richtlinien auf transnationaler, wenn nicht sogar globaler Ebene vornehmen (Sehm-Patomäki & Ulvila, 2007). Beispiele solcher Versuche wären die ‚Global Greens‘ und die gewaltfreie ‚Radical Party‘.¹²

Aber auch hier können wir inadäquates, nationenzentrisches Denken ersten Ranges nachweisen. Allein die Idee transnationaler politischer Parteien ist grob fehlerhaft, indem sie die höchst unwahrscheinliche Situation voraussetzt, dass alle oder auch nur die meisten dieser Parteien gleichzeitig regieren (und nicht in der Opposition sind) - in ausreichend Nationen, um es für sie möglich zu machen, ihre Politik zu koordinieren. Dabei ist, im holonischen Sinn, das strukturelle Ziel aller politischen Parteien, transnationaler oder anderer, eine *nationale* Regierung zu bilden. Politische Parteien tragen im Prinzip die gleiche Logik oder den gleichen Code wie Nationalstaaten in sich und sind zu sehr eingebettet - zu verschmolzen - zu identifiziert mit dem nationenzentrischen System ersten Ranges, das sie zu transformieren versuchen, mit anderen Worten, eine Art Widerspruch in sich (Bunzl, 2009a).

In all diesen Beispielen sehen wir, wie die Lösungsvorschläge zweiten Ranges für *Global Glovernance* an der Unfähigkeit scheitern, sie auf echten Strukturen zweiten Ranges aufzubauen, sowohl in Bezug darauf, wie *Global Governance* praktisch erreicht werden kann, als auch in Hinblick darauf, wie unsere zwei Hauptprobleme gelöst werden könnten.

Global Governance noch einmal neu konzipieren

Wie also kann *Global Governance* in einer Art konzipiert werden, die eine Bewältigung dieser Probleme ermöglicht?

In Anbetracht der Tatsache, dass Konzepte ersten Ranges eher ein Hindernis als eine Hilfe zu sein scheinen, muss der erste Schritt der Vorstellung einer *Global Governance* zweiten Ranges darin bestehen, sich nicht mehr mit den mentalen Modellen ersten Ranges zu identifizieren, sondern sie loszulassen. Lasst uns für einen Moment unsere vorgefassten Konzepte von Parlamenten, Repräsentanten, politischen Parteien, Gesetzen und Gerichten komplett vergessen. Lasst uns diese *Strukturen* von Governance vergessen und lasst uns stattdessen zurückgehen zu einem ganz informellen Setting, um zu überlegen, was erforderlich ist, damit Menschen mit unterschiedlichen Interessen diese Differenzen bewältigen können. Mit anderen Worten, lasst uns neu in den Blick nehmen, was notwendig ist, um überhaupt *irgendeine* Form von Governance zu etablieren.

Wie zum Beispiel könnte eine Gruppe von Jungen, die um eine Tüte Butterbrote kämpfen, den entscheidenden Übergang schaffen von einer destruktiven Prügelei, bei der voraussichtlich die Butterbrote zerstört statt gegessen würden, hin zu einer partnerschaftlichen Einigung, nach der die Butterbrote geteilt werden können? Wie, um es einfach zu sagen, kann ein Übergang von Chaos zu Governance gesteuert werden? So verrückt so eine Übung erscheinen mag, spiegelt sie doch eindrucksvoll die missliche Lage aller Nationen wider, in der sie sich in der Globalisierung befinden: in einer quasi-anarchischen Situation, in der alle in destruktiver Weise um Investitionen und Jobs konkurrieren (Gray, 1998).

In unserer Spielplatzrauferei sind die höchst gegensätzlichen Interessen der Jungen sehr offensichtlich. Jeder Junge, der den Kampf gewinnt, könnte alle Butterbrote bekommen; ein potenzieller Nutzen, der dazu führt, dass es im Interesse jedes Jungen liegt, so heftig wie möglich zu kämpfen. Jeder Junge, der seine Haltung aufgibt oder im Kampf nachlässt, nimmt sich selbst jede Chance, auch nur ein Butterbrot zu bekommen. Und doch würde eine Fortsetzung des Kampfes, bei dem die Kräfte aller Beteiligten ziemlich gleichmäßig verteilt sind, wahrscheinlich mit einer völligen Vernichtung der Butterbrote enden, so dass zuletzt niemand einen Nutzen hat. So setzt sich ein Teufelskreis in Bewegung, in dem trotz der hohen Wahrscheinlichkeit der Zerstörung der Butterbrote die Weiterführung des Kampfes unvermeidlich erscheint. Dieses destruktive Szenario, wie Spieltheoretiker erkennen werden, ist vergleichbar mit dem uns bekannten

Gefangenendilemma; ein Dilemma, aus dem es normalerweise keinen Ausweg gibt.

Destruktiver internationaler Wettbewerb

Wie wir nahegelegt haben, ist dieses Szenario tatsächlich ziemlich nah an der Zwickmühle, in der sich Nationen in der Globalisierung befinden; ein Dilemma, das verursacht wurde durch die Fähigkeit von Kapital, Konzernen und Investment, sich frei über nationale Grenzen hinweg zu bewegen. Ein kurzer, aber aufmerksamer Blick in die Zeitungen kann schnell bestätigen, dass die meisten unserer dringlichsten globalen Probleme im Wesentlichen nicht wirksam angepackt werden, genau wegen des Dilemmas, das durch diese Lebensbedingungen geschaffen wird. In Bezug auf den Klimawandel zum Beispiel stellte die Londoner Financial Times (16. November 2006) fest, dass

„Regierungen zögern weiterhin [diese] Bedrohung anzugehen, weil jedes Land, das allein agiert, um den Ausstoß seiner Treibhausemissionen zu reduzieren, ohne ähnliche Verpflichtungen von anderen Regierungen, seine Wettbewerbsfähigkeit riskiert.“

Hinsichtlich der Regulierung und Besteuerung von Unternehmen, besonders der multinationalen:

„Regierungen, die um inländische Investitionen wetteifern, wägen die Vorteile der Kürzung von Wirtschaftsausgaben ab... Steuersätze sind im letzten Vierteljahrhundert weltweit gefallen... Dieser Trend zwingt einige Experten zu der Schlussfolgerung, dass Regierungen sich in ein Wettrennen in Richtung Talsohle begeben haben.“ (Financial Times, 19. Januar 2007)

In Bezug auf Menschenrechte, ethnische Gleichberechtigung und ökonomische Gerechtigkeit in Entwicklungsländern:

„Südafrika lockert Empowerment Regeln. Die südafrikanische Regierung hat ausländische Unternehmen von der Auflage befreit, bei ihren lokalen Geschäften einen 25%igen Anteil ihrer Produkte an schwarze Firmen verkaufen zu müssen... Die Regierung befreite ausländische Mitwirkende, denn „wir mussten berücksichtigen, dass wir Südafrika auch in einer globalen Umgebung positionieren müssen, wo ein erbitterter Wettbewerb um Investitionen herrscht“, sagt Mandisi Mpahlwa, südafrikanischer Minister für Handel und

Gewerbe.“ (*Financial Times*, 15. Dezember 2006)

Bezüglich Arbeitnehmerrechten und der Lohnausbeutung in Betrieben:

„Der 25£ Anzug.... aber zu welchem Preis? Asda [Teil von Walmart] bietet Kunden heute einen passablen zweiteiligen Anzug zu einem Preis von einer Runde Drinks in einer Londoner Bar an. Shafiqul Islam, Student in Bangladesh, sagt: „Menschen können nicht von 12£ pro Monat leben, aber wenn die Regierung protestiert, werden Asda und andere nach China oder anderswohin abwandern.“ (The London Paper, 22. Januar 2007)

Und hinsichtlich von Versuchen, die globalen Finanzmärkte nach der vielleicht schwerwiegendsten Finanzkrise in der Geschichte zu regulieren:

„Streit bricht aus, als Regulierungsbeauftragte Steuern für die Stadt fordern. Ein neuer Streit über die ‚exzessiven‘ Bankenboni ist ausgebrochen, nach dem Lord Adair Turner, Vorsitzender der städtischen Regulierungsbehörde, behauptet hat, der britische Finanzsektor sei ‚über die sozial angemessene Größe‘ hinausgewachsen. Seine Kommentare verursachten gestern einen Aufruhr in den Finanzzentren, Edinburgh eingeschlossen, mit führenden Personen und Organisationen, die warnen, dass Großbritannien wieder eine wichtige Branche an den ausländischen Wettbewerb verlieren könnte. John Cridland, stellvertretender Generaldirektor des Bündnisses britischer Industrien, sagte: ‚Die Regierung und die Regulierungsbehörden sollten sehr vorsichtig sein mit dem Unterminieren der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Finanzbranche in Großbritannien‘. (The Scotsman, 29. November 2009)

Das zeigt, dass alle globalen Fragen, die generell als „das Problem“ wahrgenommen werden, überhaupt nicht das Problem sind, sondern in erster Linie Symptome einer tieferen Dynamik. Sei es Klimawandel, globale Armut, Arbeitnehmerrechte, Unternehmensverantwortung oder die Instabilität der Finanzmärkte, sie sind im Grunde alle hervorgerufen und aufrechterhalten von dem gleichen Dilemma wie dem, mit dem die Jungen konfrontiert sind, wenn sie um Butterbrote kämpfen. Das heißt, jede Nation, die sich als erste in Richtung strengerer Regulierung oder Besteuerung von Unternehmen oder Finanzmärkten bewegt, wird dadurch bestraft, dass Kapital, Konzerne und Investitionen abwandern, um solche Regulierungen zu vermeiden. Als Konsequenz ist keine Nation fähig, substantiell zu handeln, weil jede befürchtet, den

anderen gegenüber schlecht wegzukommen; ein Dilemma, das den Charakter eines Teufelskreises hat und die globalen Probleme weitestgehend unbewältigt lässt bzw. einer Verschlechterung überlässt (Blair 2008). Während diese sehr realen und gerechtfertigten Ängste auf der Tagesordnung bleiben, sind die wahrscheinlichen Ergebnisse Chaos an den Finanzmärkten und ultimativ die Zerstörung unserer Biosphäre: die Butterbrote, und die Menschheit mit ihnen, werden sehr wahrscheinlich in der Vernichtung enden. Es ist diese weltumspannende globale Dynamik, die wir *destruktiven internationalen Wettbewerb* nennen.

Wenn destruktiver internationaler Wettbewerb so allgegenwärtig in der Hervorbringung praktisch all unserer globalen Probleme ist, könnten wir fragen: warum bleibt seine entscheidende Wichtigkeit immer noch so weitgehend unerkannt? Die Antwort liegt, wie Stewart erläutert, in der derzeit vorherrschenden *abstrakt/rationalen* Ebene der kognitiven Entwicklung:

„Damit Menschen etwas kognitiv ‚erkennen‘ können, müssen sie fähig sein, es sich mental vorzustellen. ... Wenn sie es sich nicht vorstellen können, existiert es nicht. ... Auf der abstrakt/rationalen Ebene neigen Menschen dazu, ein Phänomen nachzubilden, indem sie es auf eine Ansammlung von festen Objekten reduzieren, die nach festen Regeln und Gesetzen miteinander in Kontakt stehen, die wiederum nicht vom Kontext, in dem die Objekte eingebettet sind, beeinflusst werden. Wenn also abstrakt/rationale Menschen über Regierungen nachdenken, tendieren sie dazu, sie als Handelnde zu sehen, die frei von Kontexten sind und die frei wählen können, wie sie auf die Welt einwirken möchten. Diese Menschen sind nicht fähig, sich in ihren mentalen Modellen die Systeme und Prozesse in den dynamischen Zusammenhängen vorzustellen, in welche die Regierungen eingebettet sind und an denen sie teilnehmen. Sie können diese Zusammenhänge darum nicht durchdenken und ihre Konsequenzen nicht sehen.“¹³

Wie Laske ebenfalls aufzeigt, „ist eine der großen Beschränkungen von formaler Logik [z.B. von abstrakt/rationalem Denken] trotz der großartigen menschlichen Errungenschaft, die sie darstellt, dass sie nur mit *geschlossenen Systemen* zu tun hat [Betonung von Laske] nicht mit offenen, transformativen. Sie kann nicht-physikalische, sich bewegende Ziele nicht einschätzen“ (Laske, 2008, S. 43). Destruktiver internationaler Wettbewerb, so können wir festhalten, stellt genau einen solchen Fall dar: er ist ein nicht-physikalisches Phänomen in konstantem Fluss, der nicht gesehen oder angefasst werden kann. Um ihn als einen Teufelskreis zu verstehen, dem keine

Nation entkommen kann – um ihn in seiner weltzentrischen Vollständigkeit sehen zu können – dafür muss man schon über die nationenzentrische, abstrakt/rationale Ebene der Kognition/Wahrnehmung hinausgewachsen sein und sich in einer weltzentrischen, post-rationalen, systemischen Ebene (z.B. bei ‚Schaulogik‘[vision logic]) befinden, einer Ebene, die sehr wenige erlangt haben. Das erklärt, warum die meisten Menschen und Organisationen noch nicht die alles umfassende Dynamik erkennen können, die destruktiver internationaler Wettbewerb darstellt, oder es zumindest nicht in vollem Maße können. Und dem, was wir nicht sehen können, bleiben wir unterworfen (Laske, 2008). Wilber legt dies ebenfalls für das inadäquate Denken dar, das der Umweltbewegung zugrunde liegt:

„Gaias Hauptproblem sind nicht giftige Mülldeponien, Ozonloch oder Verschmutzung der Biosphäre. Diese globalen Probleme können *nur* [Betonung von Wilber] von einem globalen weltzentrischen Bewusstsein erkannt und bewältigt werden, und daher ist Gaias Hauptproblem, dass sich nicht genug Menschen von egozentrisch zu soziozentrisch zu weltzentrisch entwickelt haben, um die ökologische Krise zu begreifen und anzugehen“ (Wilber, 2000, S. 525).

Wie immer ist es letztendlich das Bewusstsein - insbesondere die Entwicklungslinie des bürgerschaftlich/politischen Bewusstseins – das sich entwickeln muss, wenn globale Probleme richtig interpretiert und angemessen angegangen werden sollen (Bunzl, 2012).

Pseudo-Demokratie

Die massive Einschränkung der Handlungsfähigkeit der Regierungen, die der destruktive internationale Wettbewerb ihnen subtil aufzwingt, ist jedoch nicht die einzige unwillkommene Konsequenz. Von besonderer Bedeutung ist sein Einfluss auf die Demokratie.

Da der freie Fluss von Kapital und Konzernen die Regierungen zwingt, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu schützen, sind ihre Strategien, wie wir gesehen haben, massiv eingeschränkt. Es überrascht nicht, dass faktisch alle amtierenden Parteien in praktisch jedem Land dahin gelangen, die im Wesentlichen gleiche begrenzte wirtschafts- und marktfreundliche Agenda umzusetzen. Deshalb erleben wir, wie linke Parteien Strategien umsetzen, die traditionellerweise von rechten Parteien unterstützt werden. Deshalb wurde Tony Blair von der New Labour Party oft als die beste konservative Führungsfigur seit Margaret Thatcher bezeichnet. Oder wie der frühere

konservative Premierminister John Major selber mal sagte, „Ich ging schwimmen und legte meine Kleidung am Ufer ab und als ich zurückkam, trug sie Tony Blair“ (*The Week*, 29. Oktober 1999).

Während die *Mechanismen* von freien und fairen Wahlen immer noch existieren mögen, ist die *Qualität* von Demokratie drastisch ausgehöhlt worden - reduziert auf etwas, was ich an anderer Stelle als *Pseudodemokratie* beschrieben habe (Bunzl, 2001, S. 30-36); eine Art Wahlscharade, in der es, zumindest in Hinblick auf Makroökonomie und Umweltpolitik, nicht länger eine Rolle spielt, welche Partei wir wählen oder ob wir überhaupt wählen. So behindert destruktiver internationaler Wettbewerb massiv Regierungen und konsequenterweise die Fähigkeit der Bürger, in dieser Situation durch konventionelle demokratische Prozesse Abhilfe zu schaffen. Dies alles läuft auf eine „Legitimationskrise“ hinaus; ein Zusammenbruch der Angemessenheit der existierenden Weltsicht und ihrer Regierungssysteme. Sie können keinen Befehlsgehorsam mehr erwarten (Habermas, 1973).¹⁴ Nicht nur unsere Regierungen stecken in diesem Teufelskreis fest, dem sie nicht entkommen können. Auch wir Bürger haben keine effektiven Mittel der Abhilfe – in der Tat eine gefährliche Situation.

Die Überwindung des Gefangenendilemmas: die Etablierung von Prinzipien für eine globale Vereinbarung

Die Notwendigkeit von simultanen Maßnahmen

Scharfsinnige Leser werden bereits realisiert haben, dass die Essenz für die Überwindung des destruktiven internationalen Wettbewerbs – die Essenz für die Überwindung des Gefangenendilemmas – in der *Erreichung einer Vereinbarung liegt, die auf simultanen Maßnahmen beruht*. Wenn alle Jungen sich darauf einigen könnten, ihren Kampf gleichzeitig zu beenden, und wenn sie sich auf einen Rahmen einigen könnten, die Butterbrote zu teilen, dann wäre eine rudimentäre informelle Art von Governance etabliert und die Vernichtung der Butterbrote abgewendet.

Entscheidend für diesen Prozess ist für jeden Jungen, dass er an einen kritischen Punkt gelangt, an dem er erkennt, dass das wahrscheinlichste Ergebnis nicht ist, dass er vielleicht die Butterbrote bekommt, sondern dass sie alle zerstört werden, wenn die Rauferei fortgeführt wird. Es ist also lebenswichtig, zu verstehen, wie an einem kritischen Punkt eine radikale Kehrtwende geschieht, bei der jeder Junge begreift, was in seinem Eigeninteresse liegt. Das Eigeninteresse eines jeden Jungen *hört auf*, konkurrieren und kämpfen zu wollen, und *beginnt*, kooperieren und teilen zu wollen.

Die Essenz der Etablierung einer Governance hängt davon ab, wie dieser entscheidende Übergang praktisch gestaltet werden kann.

Wenn wir die bisherigen Governance-Konzepte des ersten Ranges verwerfen, ist deutlich geworden, dass wir bereits zu einer ziemlich radikalen Erkenntnis gelangt sind: dass Governance nicht fundamental von Strukturen und Institutionen abhängt oder gar von Demokratie, sondern von *Vereinbarungen* und *simultanen Maßnahmen* vor dem Hintergrund immer schlimmer werdender Umstände, in denen das *gemeinsame* Interesse, zu kooperieren, gleichbedeutend wird mit dem *Eigeninteresse* jedes Konkurrenten. Paradoxaerweise hat Kooperation dann nichts mit Selbstaufopferung zu tun, sondern mit Eigennutz. Oder um es anders auszudrücken: wir könnten sagen, dass destruktiver Wettbewerb auf der einen Ebene Kooperation auf der nächsten Ebene hervorruft; ein Prozess, der fundamental holonisch ist (Sahtouris, 2000; Koestler, 1979; Vermeij, 2004; Bunzl, 2009a)

Die Artikulierung eines zukünftigen Kontextes für Kooperation

Ganz wichtig für diesen Prozess ist, dass die Möglichkeit für simultane Maßnahmen aktiv *artikuliert* wird. Wenn mehr und mehr Menschen diesen Aspekt formulieren und diskutieren, wird tatsächlich ein neuer *Kontext* der Zukunft kreiert; ein mentaler *Raum*, der es erlaubt, dass eine mögliche fruchtbare Kooperation in den Köpfen der Menschen Form annimmt. Solange die *Idee* eines solchen Kontextes und der Möglichkeit, wie er erreicht werden kann, fehlt, bleiben alle Beteiligten unerbittlich im *gegenwärtigen* Kontext gefangen; d.h. gefangen im gegenwärtigen destruktiven Teufelskreis, über den sie nicht hinausschauen können – eine Spirale, an deren Ende nur Chaos und Regression stehen. Die Artikulierung dieses zukünftigen Kontextes ist es, die dann die Sogwirkung oder das *Telos* hinter diesem kreativen Prozess in Richtung immer höherer Ebenen der Governance bewirken kann, in Richtung immer größerer Kreise von Fürsorge, Mitgefühl und Umarmung (Grundaussage 12e)^v.

Aufbau von Kooperation von Regierungen in nicht-demokratischen Nationen mit Bürgern in demokratischen Nationen

Die Feststellung, dass Governance grundsätzlich weder von Demokratie noch von existierenden institutionellen Strukturen abhängt, sondern von Vereinbarungen, hat

^v A.d.Ü: Die „Grundaussagen“ beziehen sich auf die Liste der „Zwanzig Grundaussagen“ von Ken Wilber aus „Eros, Kosmos, Logos“, S.57 ff.

eine tiefgreifende Auswirkung auf unser zweites Problem, das Problem der nicht-demokratischen Nationen. Die Frage, ob eine globale Vereinbarung durch einen demokratischen Prozess oder durch einen anderen Weg erreicht wird, ist nämlich völlig zweitrangig. Der wichtigste Punkt ist einfach nur *die Tatsache*, dass alle Nationen sich einig sind, zu kooperieren, die Tatsache, dass sie Kooperation als in ihrem eigenen Interesse liegend erkennen. Davon ausgehend können wir uns vorstellen, dass manche Nationen zu der Entscheidung für eine Teilnahme an der *Global Governance* durch ihren eigenen demokratischen Prozess kommen, während nicht-demokratische Nationen dies vielleicht durch die einfache Entscheidung ihrer Regierung tun. Da nun *Global Governance* auf *Vereinbarung* statt auf Demokratie basiert, fangen wir an zu verstehen, wie sowohl demokratische als auch nicht-demokratische Nationen zusammengebracht werden können (Grundaussage 2b).

So wichtig es ist, *nicht*-demokratische Nationen einzubinden, so wichtig ist es für alle Bürger in demokratischen Nationen, eingebunden zu werden. In der Tat: nur die Regierungen der Welt aufzufordern, *Global Governance* zu gestalten und einzuführen ohne die Mitsprache von BürgerInnen und die Rechenschaftspflicht gegenüber den BürgerInnen wäre so, als wenn man zu einer pathologischen globalen Autokratie einladen würde. Darum ist ein Prozess entscheidend, in dem die Bürger in demokratischen Nationen direkten Einfluss auf die Regelwerke haben können, die auf globaler Ebene umgesetzt werden sollen.

Hierbei ist es jedoch wichtig, dass die Meinungen der BürgerInnen in demokratischen Nationen mit hoher Bevölkerungsdichte, wie Indien, nicht die von weniger bevölkerten Nationen übertönen (d.h. unterdrücken) dürfen. Unserer Ansicht nach könnte dies erreicht werden durch Erarbeitung der Richtlinien mittels eines Eine-Person-eine-Stimme-Prozesses *in jeder* demokratischen Nation. Das würde auf der internationalen Ebene die *Gleichheit* aller Nationen bedeuten, ob sie demokratisch sind oder nicht. Dieses Vorgehen ist in Abb. 2 unten bildlich dargestellt.

Sicherlich gibt dieser Prozess den Stimmen der Bürger in kleineren demokratischen Ländern effektiv ein größeres Gewicht gegenüber denen in eher dicht besiedelten. Es scheint jedoch der einzig gangbare Weg zu sein, um sowohl demokratische als auch nicht-demokratische Nationen einzubeziehen und sie gleich zu behandeln. Diese Gleichheit ist immerhin systemimmanent in dem Konzept einer Einigung aller Nationen auf simultane Maßnahmen. In einem solchen *Global Governance* Arrangement würden

dann alle Nationen respektiert und keine ignoriert oder unterdrückt werden. Die globale Vereinbarung selber würde dann die individuellen Nationen-Staaten als ihre Teile transzendieren und integrieren (Grundaussage 4) und damit „ihre eigenen neuen und umfassenderen Muster oder ihre Ganzheit“ ergänzen (Wilber, 2000, S. 56). Wenn eine solche Vereinbarung umgesetzt würde, würden „die Vielen Eines und zu Einem aufsteigen.“ [Whitehead].

Zusammenbringen von demokratischen und nicht-demokratischen Nationen.

Gleichheit aller Nationen.

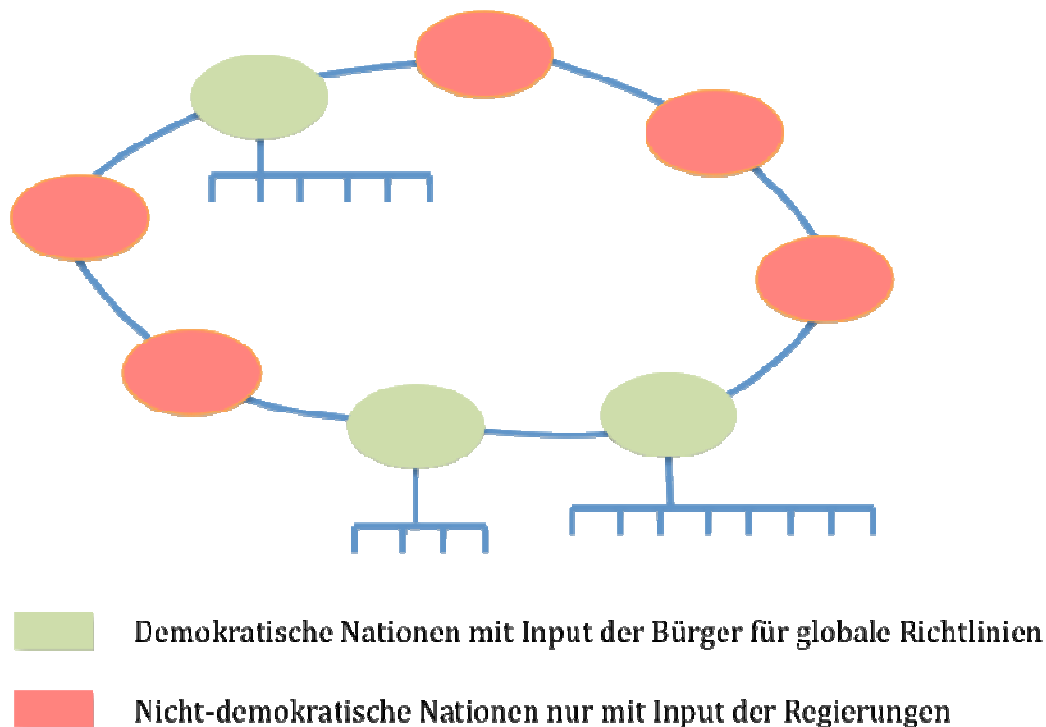


Abbildung 2

Das heißt jedoch nicht, dass direkte globale Demokratie – eine gleiche Stimme für jeden Erwachsenen auf dem Planeten – sich nicht zu einem Zeitpunkt in der fernen Zukunft der Menschheit entwickeln könnte. So wie die Counties von England oder die Länder in Deutschland heute nicht mehr die gleiche Macht, Relevanz oder „Ganzheit“ haben, die sie einst hatten, als sie die höchste Instanz der Regierung waren, so ist es denkbar, dass lange, nachdem *Global Governance* erreicht worden ist, die heutigen Nationen schrittweise einiges an Bedeutung zugunsten eines globaleren und strikt demokratischen Arrangements verlieren. Aber *heute* wären solche Arrangements aus den beschriebenen Gründen extrem verfrüht und nicht funktionsfähig.

Darüber hinaus bietet das Vorgehen, das wir beschrieben haben, eine viel größere

Möglichkeit, das oben erwähnte Problem zu überwinden, dass viele Millionen von Menschen immer noch eine stammesbezogene oder ethnozentrische bürgerlich-politische Perspektive haben und daher wahrscheinlich nicht einmal an *Global Governance* interessiert sind. Das wird weitestgehend behoben, wenn man sich klar macht, dass diese Bevölkerungsgruppen überwiegend in nicht-demokratischen Ländern leben, oder in Ländern, in denen Demokratie nicht ausreichend sicher ist, mit anderen Worten in Ländern, in denen die einfache Zustimmung der Regierung zu einer Reihe von globalen Regelwerken ausreichen könnte, um eine globale Vereinbarung in der Form, wie wir sie meinen, zu schaffen.

So zeigt sich, zumindest im Prinzip, wie unser Rückgriff auf die Betrachtung von Basisformen der Kooperation uns dabei geholfen hat, uns eine authentische zweite-Rang Form von *Global Governance* vorzustellen, die möglicherweise fähig ist, alle Ebenen von bürgerlich-politischer Entwicklung in einem vitalen Meta-System zusammenzubringen.

Die Notwendigkeit eines Rahmens für multi-thematischen Regelwerken

Die Vereinbarung, simultan gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen, wirft nun die Frage auf, was die *Inhalte* dieser Vereinbarungen sein könnten. Sich darüber zu einigen, eine Tüte Butterbrote zu teilen, ist schließlich weit weniger komplex als sich über Regelungen zur Lösung globaler Probleme zu einigen.

Bevor wir diese Frage beantworten, können wir feststellen, dass eine Eigenschaft so gut wie allen globalen Problemen gemein ist. Und zwar, dass jede Abhilfemaßnahme durch politische Regulierung fast sofort zu *asymmetrischen Benachteiligungen* führen wird, dass manche Nationen mehr als andere benachteiligt werden. Drastische Kürzungen im Ausstoß von Kohlendioxid zu erreichen wäre zum Beispiel sehr viel teurer für China oder die USA als für andere Nationen, weil diese beiden weltweit die höchsten Emissionen haben. Infolgedessen gibt es keinen Anreiz für sie, in einer globalen Vereinbarung zu Kohlendioxidemissionen zu kooperieren. Und es wird keinen überraschen, dass sie es auch nicht tun.

Die Lösung liegt darin, *zwei oder mehr* Themen gleichzeitig zu verhandeln. Es ist also ein Rahmen für eine *Multithemenpolitik* notwendig. Statt zu versuchen, das Thema Klimawandel als isoliertes Problem zu verhandeln, wird die Ergänzung durch ein weiteres, separates Problem es ermöglichen, die ungleich verteilten Nachteile auszugleichen, die durch eine Reduzierung von Kohlendioxidausstoß entstehen. Wenn zum Beispiel Verhandlungen für eine globale Steuer auf Währungstransaktionen (Tobin-

Steuer)¹⁵ mit einer Verhandlung zum Klimaschutz verbunden würden, könnten die unzähligen Millionen Dollar, die diese Steuer von den Finanzmärkten erheben, die Nationen entschädigen, die bei angemessenen Emissionskürzungen verlieren. So kann es, im Prinzip zumindest, in das Interesse von China und den USA gerückt werden, ihre Emissionen drastisch zu reduzieren und ihr Interesse kann gewonnen werden, zu kooperieren.

Abgesehen davon sollten nicht mehr als zwei oder vielleicht drei Themen gleichzeitig verhandelt werden, um die Verhandlungen nicht zu kompliziert zu machen. Das würde bedeuten, dass eine Gruppe von zwei oder drei sich ergänzenden globalen Richtlinien verhandelt und dann simultan von allen oder so gut wie allen Nationen umgesetzt werden könnte. Ein paar Jahre später könnte dann eine weitere Gruppe von Richtlinien dem gleichen Prozess folgen. Langfristig würde ein sich wiederholendes Muster von globaler Verhandlung und simultaner Umsetzung ganz selbstverständlich werden und könnte bei Bedarf jederzeit wiederholt werden. Das könnte auch die Modifikation, Verbesserung oder Rücknahme von bereits eingeführten Richtlinien sein.

Die Notwendigkeit des Subsidiaritätsprinzips und der maximalen Bewahrung nationaler Autonomie

So fundamental ein Rahmen für Multithemenpolitik und multi-thematische Regelwerke auch sein mag, es gibt einen ebenso wichtigen Bedarf für einen angemessenen und zuverlässigen Weg der Unterscheidung, welche Themen auf *globaler* Ebene verhandelt werden und welche ohne Risiko auf *nationaler* Ebene belassen werden können. Solch eine Unterscheidung ist enorm wichtig, um individuellen Nationen zuzusichern, dass in ihre Autonomie – ihre nationale Souveränität – nicht stärker eingegriffen wird als zur Lösung globaler Probleme notwendig. Dies ist das *Subsidiaritätsprinzip*: das Prinzip, nach dem Probleme auf der niedrigstmöglichen Ebene jeder Holarchie gelöst werden. Was in den unteren Holons gelingt, wird daher beibehalten (Grundaussage 5a) während dasjenige, was dort nicht gelöst werden kann, zurückgestellt und von dem neuen Holon der höheren Ebene aufgenommen wird (Grundaussage 5b).

Das Kriterium für Subsidiarität wird dabei durch eine *Differenzierung* zwischen zwei Arten von Richtlinien bestimmt, ein Kriterium, welches in der folgenden Frage ausgedrückt ist:

„Ist es wahrscheinlich, dass die *unilaterale* Umsetzung einer Richtlinie (z.B. die Umsetzung nur durch eine einzige Nation oder durch eine relativ kleine Anzahl von Nationen) eine *nachteilige* Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Nation (oder

Gruppe von Nationen) hat?“¹⁶

Ist die Antwort *nein*, dann kann die betreffende Richtlinie gern von einer einzelnen Nation oder einem begrenzten Kreis von Nationen umgesetzt werden, wie es heutzutage meistens geschieht.¹⁷ Richtlinien dieser Kategorie könnten nationale Wohnungspolitik, Gesundheits- und Bildungspolitik oder kulturell definierte Themen wie Strafvollzug (z.B. Todesstrafe) oder Abtreibung umfassen. Für Richtlinien dagegen, bei denen die Antwort *ja* lautet, müssen diese politischen Entscheidungen – und *nur* diese – auf globaler Ebene verhandelt werden, weil nur eine simultane Umsetzung das Hindernis überwinden kann, welches destruktiver internationaler Wettbewerb darstellt. Entsprechend werden politische Richtlinien in zwei deutliche Kategorien strukturiert (oder unterschieden): *unilaterale* oder *simultane* politische Richtlinien (Grundaussage 12b). Unilaterale Politik gehört effektiv zum derzeitigen Kontext von Wettbewerb, wohingegen simultane Politik zu dem Kontext von globaler Kooperation gehört, der noch ins Leben gerufen werden muss. Der simultane Umsetzungsmodus von Richtlinien repräsentiert daher möglicherweise die neue, *höhere* holarchische Ebene, eine neue authentischere Ebene von weltzentrischer bürgerlich-politischer Komplexität (Grundaussage 12a).

Indem wir das Subsidiaritätskriterium anwenden, um diese Unterscheidung zu treffen, könnten wir alle möglichen globalen Probleme mit einer deutlich effektiveren und sehr wirkungsvollen Art bewältigen und damit der Menschheit zu einer größeren *relativen Autonomie* verhelfen (Grundaussage 12d), zu mehr Macht und Flexibilität, während wir gemeinsamen in die Zukunft schreiten. Außerdem erleichtert die Unterscheidung zwischen unilateralen und simultanen Richtlinien die Umsetzung *beider*. Und zwar deshalb, weil für die beiden verschiedenen Typen jetzt die jeweils passenden, einschlägigen und angemessenen Methoden gefunden werden können; z.B. für unilaterale Richtlinien eigenständige Methoden durch die Nationen, für simultane Richtlinien Methoden über den Prozess der von uns vorgestellten globalen Vereinbarung. Das hilft letztlich dabei, die schnellstmögliche Umsetzung von *beiden* Typen zu sichern. Auf diese Weise sind sie integriert (Grundaussage 12c).

Ein anderer wichtiger Punkt in dieser Beziehung ist, dass im Gegensatz zu einem Weltparlament oder anderen formaleren Begriffen von *Global Governance* die simultane Umsetzung von Richtlinien durch die Nationen die Notwendigkeit der Veränderung von nationalen Verfassungen ganz vermeiden würde. Da jede Nation simultan mit anderen agieren würde und nicht unter irgendeiner höheren formalen Ebene einer

Weltregierung, sollte keinerlei Rechtsverletzung einer nationalen Verfassung auftauchen. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Simultanität die niedrigeren Holons (Grundaussage 5a) bewahrt und nicht unterdrückt. Stattdessen transzendiert und umfasst sie diese.

Subsidiarität und ihre Wirkung auf Politik

Die elegante Art und Weise, wie das Subsidiaritätskriterium zwischen Richtlinien der unilateralen und der simultanen Kategorie unterscheidet, hat wichtige Implikationen für das erste Problem, das wir in dieser Arbeit angesprochen haben, nämlich die Gefahr, dass potenziell trennende und schädliche Richtlinien des ersten Ranges aufgenommen und global umgesetzt werden.

Wichtig zu erkennen ist hier, dass kulturell entzweieende politische Einstellungen meist keinen bedeutenden Einfluss auf nationale ökonomische Wettbewerbsfähigkeit haben. Durch die Einführung der Todesstrafe oder das Verbot der Abtreibung zum Beispiel würde eine einzelne Nation keinen Wettbewerbsnachteil erleiden. Solche Gesetze würden darum in die Kategorie der *unilateralen* Politik fallen und sich daher auch nicht für eine Berücksichtigung für *simultane* Politik qualifizieren. Auf diese einfache Weise würde dann eine ganze Masse von ethnozentrischen oder kulturell trennenden Richtlinien, die von Entwicklungsebenen ersten Ranges ausgehen, automatisch aussortiert werden, so dass nur solche Richtlinien im Prozess bleiben, die wirklich simultaner Umsetzung bedürfen. Dies stellt dann bereits einen großen Teil der Lösungen für das erste Problem zur Verfügung, welches wir in dieser Arbeit in Angriff nehmen möchten.

Die Notwendigkeit intra- und internationaler Phasen der Richtlinienentwicklung

Ein anderes Prinzip, das in jedem praktikablen Vorschlag zu verbindlicher *Global Governance* enthalten sein muss, resultiert aus der Erkenntnis, dass jede Nation (bzw. ihre Bevölkerung) vermutlich unterschiedliche Ansichten darüber hat, welche Richtlinien für globale Umsetzung am wünschenswertesten sind. Menschen in Großbritannien zum Beispiel betrachten vielleicht die Reduzierung von Kohlendioxidemissionen als Priorität, während Menschen in Pakistan eher Armutsbekämpfung als Hauptpriorität ansehen. Es ist daher notwendig, dass die Perspektiven jeder Nation in Betracht gezogen werden. Wir werden gleich sehen, wie das in einer Form erreicht werden kann, die sich mit den Problemen beschäftigt, die trotz der Aussortierung vieler kulturell entzweieender Richtlinien durch das Subsidiaritätskriterium übrig bleiben, die weiterhin in die simultane Kategorie fallen und damit im Prozess bleiben.

Wir nehmen an, dass dieses Problem überwunden werden kann, wenn wir uns an den feststehenden Punkt erinnern, dass nur solche Richtlinien und Gesetze zur Einführung gelangen, die es geschafft haben, das Einverständnis aller (oder praktisch aller) Nationen zu erreichen. Gelingt es einer Richtlinie nicht, diesen Grad der Zustimmung zu erlangen, dann würde sie aus dem Prozess herausfallen. Wenn wir außerdem daran denken, dass dies ein inhärenter *Konflikt* zwischen allen Wertesystemen ersten Ranges ist (Beck & Cowan, 1996; Wilber, 2000), wird deutlich: potenziell unangemessene Richtlinien, die von einem der Meme ersten Ranges kommen, werden, wenn sie nicht schon durch das Subsidiaritätskriterium ausgeschlossen werden, mit ziemlicher Sicherheit daran scheitern, dass sie Gesellschaften auf *anderen* Entwicklungsebenen ersten Ranges nicht zusagen. Eine Richtlinie aus der Bernstein [/blauen] (traditionellen) Perspektive zum Beispiel würde mit ziemlicher Sicherheit von Gesellschaften abgelehnt, die sich überwiegend in Orange (modern), Grün (postmodern) oder auf höheren Ebenen befinden. Genauso würden Richtlinien und Gesetze, die von Grün (postmodern) vorgeschlagen werden, wahrscheinlich nicht die Zustimmung von Gesellschaften in Orange (modern) oder Bernstein (traditionell) finden, und so weiter. Mit anderen Worten, alle Richtlinien, die von Meme-Ebenen niedriger als Petrol/ Türkis (integral) ausgehen, werden wahrscheinlich aufgrund mangelnder globaler Zustimmung aus dem Prozess fallen. So dürften die einzigen Richtlinien und Gesetze, die *allen* Ebenen zusagen, beinahe definitionsgemäß von Petrol/ Türkis (integral) ausgehen, weil das die einzige Ebene ist, die alle Ebenen ersten Ranges *integriert*. Mit anderen Worten sind Richtlinien, die aus der türkisen (integralen) Perspektive kommen, die einzigen, die sich für eine globale Einführung qualifizieren und die es auch schaffen können, alle Memes ersten Ranges anzusprechen- wenn auch jedes Meme ersten Ranges seinen eigenen Grund haben wird, sie zu unterstützen.

Der Baum der globalen Richtlinien

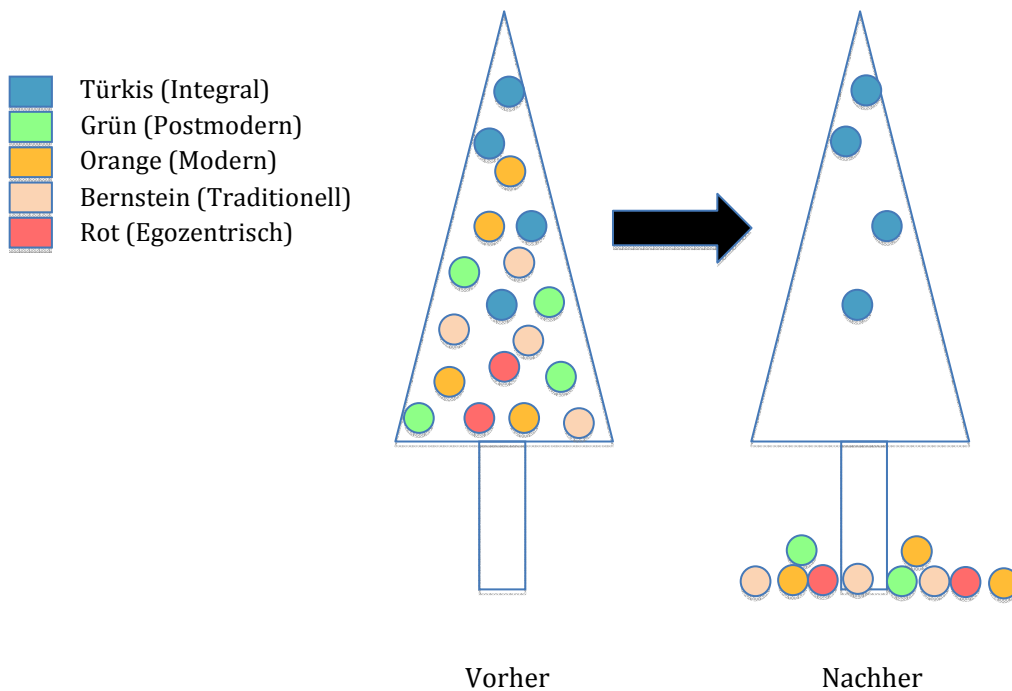


Abbildung 3

Wir können dies vielleicht anhand des Baum-Bildes in Abb. 3 oben veranschaulichen, wobei die Äpfel des Baumes die verschiedenen Richtlinien und Gesetze darstellen, die von unterschiedlichen Meme-Ebenen gemacht werden. Der Prozess der Richtlinienentwicklung würde zunächst alle möglichen Äpfel ersten Ranges enthalten, von denen die meisten zweifelsohne schädlich oder unangemessen wären, würden sie global eingeführt. Es würden auch einige Äpfel zweiten Ranges am Baum hängen. Aber der Prozess der Verhandlung sowohl innerhalb als auch zwischen den *verschiedenen* nationalen Gesellschaften (oder Regierungen) auf *verschiedenen* Ebenen der Entwicklung ersten Ranges würde in einem Konflikt enden – ein Schütteln des Apfelbaumes – dessen Ergebnis, wie wir uns vorstellen können, nur die Richtlinien und Gesetze zweiten Ranges übrig lassen würde.

Zu diesem Zweck könnte die globale Richtlinienentwicklung in zwei Schritten unternommen werden. Der erste wäre national, der zweite global. Der erste *nationale* Schritt wäre, dass sich Bürger in jedem demokratischen Land in ihrem eigenen

nationalen Richtlinien-Entwicklungsprozess engagieren mit dem Ziel, eine Liste der wichtigsten globalen Themen und den Richtlinien zu ihrer Lösung aufzustellen. In nicht-demokratischen Nationen würde diese Aufgabe einfach von der betreffenden Regierung übernommen. Das Subsidiaritätskriterium würde angewendet, so dass nur die unilateralen Themen aussortiert wären. Durch dies Verfahren würde sichergestellt, dass das besondere Interesse und damit die Perspektive jeder Nation berücksichtigt wird.

Die zweite *globale* Phase würde viel später stattfinden, wenn eine ausreichend breite internationale Unterstützung aufgebaut worden ist und wenn die Aussichten auf eine praktische Umsetzung näher rücken. In dieser zweiten Phase würden sich die Repräsentanten aller Nationen an einer internationalen Verhandlung beteiligen und ihre Planungen miteinander abstimmen, um sich auf einen endgültigen Plan über die globalen Maßnahmen zu einigen, die simultan von allen Nationen umgesetzt werden sollen. Im Lauf dieser Verhandlungen kommt es wieder dazu, dass die Vorschläge jeder Nation mit denen anderer Nationen in „Kontakt“ kommen (d.h. in Konflikt). Ein Konflikt (ein Schütteln des Apfelbaumes) würde wahrscheinlich dazu führen, dass ein Vorschlag ersten Ranges nicht genügend globale Unterstützung bekäme und daher aus dem Prozess fiel. Die wenigen verbleibenden Richtlinien zweiten Ranges würden, wie wir weiter oben vorgeschlagen haben, so miteinander gebündelt, dass Kompromisse Nationen erlauben, Nachteile in einer Vereinbarung mit Vorteilen in einer anderen Vereinbarung zu kompensieren. Zu der Bündelung der Richtlinien in Gruppen von zwei oder drei sich ergänzenden Vorschlägen gehört auch das Priorisieren dieser Gruppen. Das Ziel wäre dann, sich auf einen ersten Satz von zwei oder drei Richtlinien zweiten Ranges zu einigen, die, weil sie die notwendigen Kompensationen, Ausnahmen und Kompromisse beinhalten, für alle Nationen akzeptabel wären. Gebunden an diese Vereinbarung könnte dann der erste Satz an Richtlinien global und simultan bis zu einem gemeinsam festgelegten Datum eingeführt werden. Die weniger wichtigen Richtlinien könnten dann für eine spätere Einführung eingeplant werden.

So wird deutlich, wie das Subsidiaritätskriterium und der zweistufige Prozess der Richtlinienentwicklung, die wir beschrieben haben, im Prinzip das Problem der derzeitigen Vorherrschaft von Werten ersten Ranges bewältigen können und wie diese Werte zugleich angemessen berücksichtigt werden können; wie sie transzendiert, negiert und trotzdem mit einbezogen werden können. Wir haben außerdem gesehen, wie das Konzept einer internationalen Vereinbarung, die auf simultanen Aktionen basiert, sowohl demokratische wie auch nicht-demokratische Nationen zusammenbringen kann. Im Gegensatz zu Vorschlägen für ein Weltparlament oder für

eine direkte globale Demokratie kann der oben vorgestellte Prozess, weil er eine wirklich weltzentrische aperspektivische Sicht einnimmt, als echter Vorschlag *zweiten* Ranges betrachtet werden, als eine angemessene zweite-Rang-Lösung für das, was verbindliche Global Governance zu sein verspricht.

Aber wie wird das alles in die Praxis umgesetzt? Wie kann tatsächlich globaler Konsens geschaffen werden?

Wir haben weiter oben beschrieben, wie unsere Regierungen so mit der vorrangigen Aufgabe beschäftigt sind, ihre Wirtschaften international wettbewerbsfähig zu halten – wie sie so völlig im derzeitigen Umfeld des destruktiven internationalen Wettbewerbs *versunken* sind – dass sie sich nicht einmal mehr eine Zukunft im kooperativen Kontext *vorstellen* können. Vorausgesetzt, dass es unrealistisch ist, zu erwarten, dass sie plötzlich etwas erkennen, was ihre Umstände nicht erlauben zu erkennen, wird sofort klar, dass *Global Governance* stattdessen von BürgerInnen, von unten nach oben, eingeleitet werden muss. Nur aufgeklärte *BürgerInnen* mit weltzentrischem bürgerlich-politischem Bewusstsein (Bunzl, 2012), werden in der Lage sein, einen zukünftigen Kontext zu sehen, dann zu artikulieren, wie *Global Governance* erreicht werden kann und einen Prozess zu managen, in dem dann die Zivil-Gesellschaft die Regierungen in diese Richtung treiben kann (Grundaussage 8a). So weit entfernt diese Aussichten auch scheinen mögen, ein praktischer Anfang ist bereits gemacht worden.

Seit einigen Jahren schon wird eine Kampagne mit den oben beschriebenen Prinzipien vorangetrieben, vorrangig in Großbritannien. Trotz der sehr wenigen involvierten Bürger hat diese Kampagne es in drei nationalen Wahlen 2001, 2005 und 2010 geschafft, bereits 27 Mitglieder des britischen Parlaments sowie unzählige Kandidaten von allen großen politischen Parteien dazu zu bringen, sich zu einer simultanen Einführung des Richtlinienpakets der Kampagne gemeinsam mit anderen Regierungen zu verpflichten.

Wie können so wenige BürgerInnen in so kurzer Zeit solche großen Erfolge zustandebringen? Die Antwort liegt in der Entdeckung einer neuen machtvollen Art, ihre Wählerstimmen zu nutzen. Sie tun dies, indem sie einigen oder allen konkurrierenden Parlamentskandidaten in ihrem Wahlbezirk schreiben und sie darüber informieren, dass sie in kommenden nationalen Wahlen JEDEN Politiker / JEDE Politikerin oder JEDE Partei – im Rahmen des Vernünftigen - wählen werden, der/die verspricht, das

Richtlinienpaket der Kampagne gemeinsam mit anderen Regierungen simultan umzusetzen. Oder wenn sie eine Parteipräferenz haben, ermutigen sie ihre/n bevorzugte/n PolitikerIn oder ihre bevorzugte Partei dazu, diese Verpflichtung zu unterschreiben. Auf diese Weise behalten die Kampagnenunterstützer ihr ultimatives Recht zu wählen, wie und wen sie mögen, aber sie haben auch allen PolitikerInnen deutlich gemacht, dass sie denjenigen Kandidaten den Vorzug geben würden, die das Versprechen unterschrieben haben, bis hin zum Ausschluss derjenigen, die das nicht getan haben. So ziehen Politiker, die unterschreiben, diese Wähler an und riskieren dabei trotzdem nichts, weil die Richtlinienpakete nur umgesetzt werden, wenn ausreichend Regierungen weltweit auch unterschrieben haben. Doch wenn Politiker dieses Versprechen *nicht* unterschreiben, oder wenn sie unterschreiben, dann aber später nicht Wort halten, würden sie Wählerstimmen an ihre Mitbewerber verlieren, die unterschrieben *haben*, und damit ihre Sitze riskieren. Bei vielen Parlamentariersitzen und sogar ganzen Wahlen weltweit, die oft nur von einer relativ kleinen Zahl von Wählerstimmen abhängen, ist es nicht schwierig zu verstehen, dass relativ wenige Kampagnenunterstützer dieses Versprechen zu einem wichtigen Interesse von PolitikerInnen machen können.¹⁸ Und darin liegt die unverhältnismäßig große Macht, die BürgerInnen bereits haben – die transformative Agenz, die sie besitzen (Grundaussage 2a) – um sicherzustellen, dass ihre Regierungen kooperieren.

Hier sehen wir ein weiteres Schlüsselcharakteristikum, das diese Kampagne von denen unterscheidet, die ein Weltparlament oder eine direkte globale Demokratie vorschlagen, die beide nur mit dem *Einverständnis* von nationalen Regierungen möglich wären. Im Gegensatz dazu bietet diese Kampagne Bürgern aller demokratischen Nationen eine Möglichkeit, ihre Wählerstimmen dazu zu nutzen, ihre Regierungen zum Einverständnis zu *nötigen*; eine Möglichkeit, die es ihnen erlaubt, es zum *Wahlthema und Interesse* ihrer Regierungen zu machen, global zu kooperieren. Darüber hinaus stellt die Kampagne bei Wahlen keine Kandidaten auf, so dass sie nicht als politische Partei bezeichnet werden kann. Stattdessen erlaubt sie Bürgern, ihre Stimmen machtvoll zu nutzen, um *existierende* Politiker und Parteien anzutreiben, ihre Agenda zu unterstützen. Diese Kampagne könnte daher als die vielleicht erste wirkliche Form von globaler Wahlpolitik beschrieben werden; eine neuartige transformative Art des Wählens, die global ist, unbeeinflusst von der Vergangenheit und daher völlig beispiellos: eine noch nie dagewesene Neu-Erscheinung („*unprecedented Emergence*“) (Grundaussage 3).

Wenn auf dem, was in Großbritannien erreicht worden ist, weiter aufgebaut wird und dieses Vorgehen woanders kopiert wird,¹⁹ könnte eine unverhältnismäßig hohe Anzahl

von Politikern und Regierungen durch eine relativ geringe Anzahl von Bürgern²⁰ dazu gebracht werden, global zu kooperieren. Sobald erkannt wird, wie es diese Kampagne unseren Stimmen ermöglicht, solch einen Einfluss auszuüben und sobald gesehen wird, wie Wählen wieder eine wirkliche Bedeutung haben kann, wird wahrscheinlich eine immer größere Zahl von BürgerInnen von dieser Kampagne angezogen, so dass immer mehr PolitikerInnen und Regierungen dazu verleitet werden, zu unterschreiben. Mit anderen Worten, es würde ein mächtiger, dynamischer *Tugendkreislauf* in Gang gesetzt, der dazu führen könnte, dass viele Regierungen in demokratischen Ländern die Verpflichtung unterschreiben. Danach hätten die verbleibenden nicht-demokratischen Nationen einen starken Anreiz, ebenfalls zu folgen. Neben anderen Gründen kann ihnen nämlich, statt dass sie die Empfänger von IWF und Weltbankkrediten mit hohen Zinsen sind, verbindliche *Global Governance* zum ersten Mal die Chance geben, durch die Ersparnisse bei Militärausgaben oder über die Einkünfte durch globale Steuern (vielleicht bei den Reichen, bei transnationalen Konzernen und bei den Finanzmärkten) den Wohlstand auf einer schuldenfreien Basis auf diese Nationen umzuverteilen. Ärmere Nationen, von denen viele nicht-demokratisch sind, würden daher einen starken Anreiz haben, in einer internationalen Vereinbarung zu kooperieren.

Ob demokratisch oder nicht und gleichgültig, auf welcher Entwicklungsebene - das immer schlimmer werdende Dilemma, in dem sich die Welt befindet, trägt in jedem Fall dazu bei, dass es im Interesse aller Nationen ist, Probleme kooperativ zu lösen (Wright, 2001; Stewart, 2000). In der Tat sollte die Macht, in einer sich verschlimmernden misslichen Lage Kooperation hervorzurufen, niemals unterschätzt werden. Ein kürzliches Beispiel war die globale Finanzkrise von 2008, in der sich weltweit alle großen Zentralbanken dazu gezwungen sahen, simultan zu handeln und Zinssätze um 0,5% zu kürzen. Wie die Londoner *Financial Times* (10. Oktober 2008) berichtete, war eine solche Aktion „beispiellos“ und ein „historischer Akt der Koordination“. Darüber hinaus berichtete das Blatt, dass die Chinesische Volksbank, obwohl sie nicht Teil des Plans war, „sich fast simultan bewegte“, und ebenfalls die Zinsen senkte. So wie bei den Jungen, die um Butterbrote kämpfen: eine Verschlimmerung des globalen Dilemmas bedeutet, dass der Anreiz für alle Nationen, zu kooperieren, nur wachsen kann. Was die hier diskutierte Kampagne bietet, ist ein angemessenes Rahmenwerk, damit ein lebenswichtiger Wandel stattfinden kann und ein Weg für aufgeklärte BürgerInnen, die Führung zu übernehmen.

Die Kampagne, über die wir hier gesprochen haben, ist die Simpol-Kampagne (Simpol = Simultaneous Policy). Dieser neuartige Weg, wie Bürger eingeladen werden, ihre

Stimmen einzusetzen, hat auch schon einige Mitglieder der europäischen, australischen und anderer Parlamente dazu gebracht, das Versprechen gemeinsam mit ihren britischen Kollegen zu unterschreiben. Einige taten dies sicher nur, um zusätzliche Stimmen zu gewinnen, aber andere hatten ihre Sitze sicher und haben einfach deshalb unterschrieben, weil sie das Gefühl hatten, die Kampagne wäre es wert, unterstützt zu werden. Zurzeit hat Simpol UnterstützerInnen in über 70 Ländern und die Befürwortung von einigen führenden Staatsmännern und –frauen, Ökonomen und Ökologen.²¹

2005 begannen Unterstützer ihren eigenen globalen Prozess, um – mit der Möglichkeit der Hilfe durch unabhängige Experten – die globalen Richtlinien zu entwickeln, die in dem Richtlinienpaket der Kampagne enthalten sein sollten. Dieser Prozess, wenn auch in embryonaler Form, folgt dem Subsidiaritätskriterium, das wir vorgestellt haben, und ist zugleich fähig, sich in den bereits dargelegten zweistufigen Prozess weiter zu entwickeln. Die globalen Richtlinien, die es umzusetzen gilt, würden dann nicht *über* Bürger verhängt, sondern *von* ihnen entwickelt. So ermöglicht die Kampagne das Zusammenkommen seiner bürgerlichen UnterstützerInnen und initiiert einen Prozess, in dem sie die Richtlinien in den beiden beschriebenen Stufen entwerfen, vorschlagen, modifizieren, verhandeln und vereinbaren können – untereinander und im weiteren dann mit den Regierungen der nicht-demokratischen Nationen.

So wird bereits erkennbar, wie die Zwillingprozesse, die wir beschrieben haben – auf der einen Seite der Prozess zur Gewinnung politischer Unterstützung und auf der anderen Seite der Prozess zur Entwicklung von Richtlinien und Gesetzen – begonnen haben, sich gleichzeitig *nebeneinander* zu entwickeln, wie es in Abb. 4 unten dargestellt ist. Überdies verleihen sie sich wahrscheinlich gegenseitig jeweils mehr Nachdruck. Das bedeutet: während die politische Unterstützung für die Kampagne wächst, wird das Interesse an der Entwicklung von angemessenen Richtlinien immer relevanter und wird wahrscheinlich zunehmen. Und genauso: während die Richtlinien sich entwickeln und zunehmend als angemessen angesehen werden, ermutigt das wahrscheinlich mehr Bürger, Parlamentarier und Regierungen weltweit, die Kampagne zu unterstützen.

Gleichzeitige politische Unterstützungs- und Richtlinien-Entwicklungsprozesse

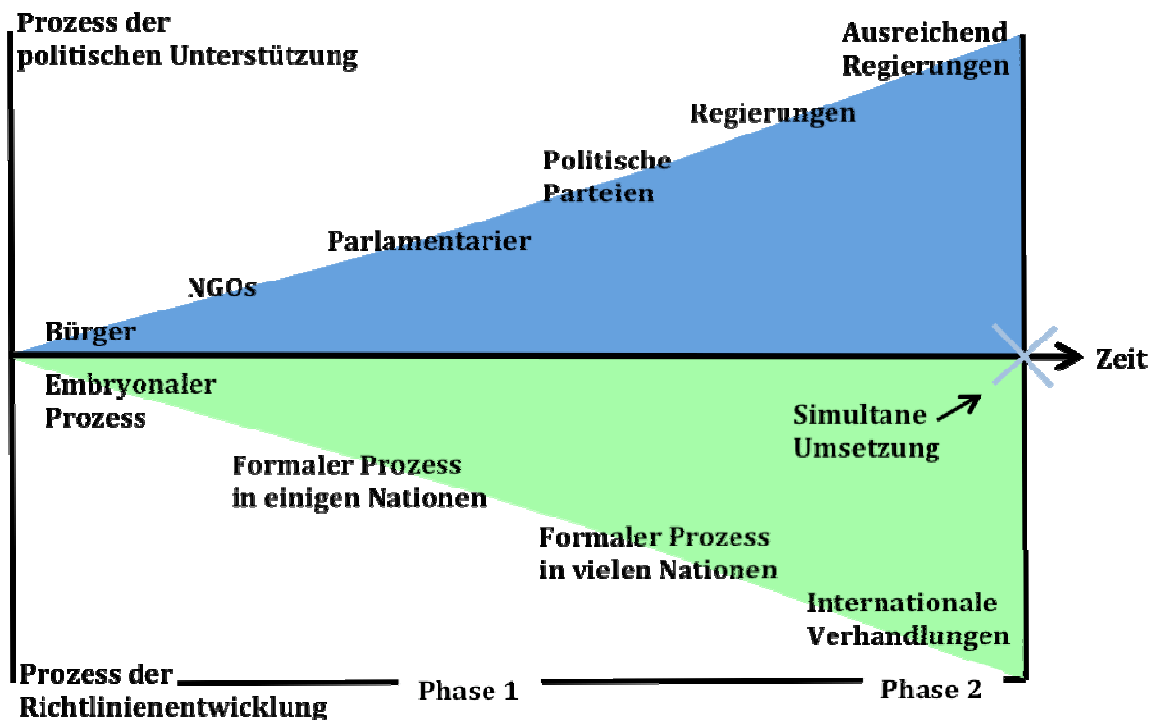


Abbildung 4

Die allerwichtigste Bedingung dafür, dass die Maßnahmen von allen Nationen simultan umgesetzt werden können, ist natürlich, dass durch die Umsetzung der Richtlinien keine Nation, keine Körperschaft und kein Bürger gegenüber den anderen einen übermäßigen Nachteil hat. Auf diese Weise würde die *relative* Wettbewerbsfähigkeit jeder Nation erhalten bleiben (Grundaussage 11), derzeitige Entschuldigungen für Nichtstun und Verzögerungen würden verpuffen, sodass eine große Breite an globalen Problemen angegangen und letztendlich im besten Interesse aller gelöst werden könnte.

Simultaneität und das Non-Duale

Während globale Probleme schlimmer werden und während die Menschheit anfängt, angemessene Verantwortung zu übernehmen für die aktive Steuerung des lebenswichtigen Übergangs von destruktivem internationalem Wettbewerb zu fruchtbarer globaler Kooperation - welches bessere *Leitmotiv* könnte es geben als die

Idee der *Simultaneität*? Simultaneität versöhnt zwei zeitlose und scheinbar unversöhnliche Gegensätze: die gleichermaßen lebenswichtigen und gültigen Gegensätze von Einheit und Verschiedenheit. Denn selbst wenn wir simultan mit anderen handeln, behalten wir noch unsere Individualität und Unterschiedlichkeit (oder unsere individuelle nationale Souveränität). Aber durch das *simultane* Handeln mit anderen erreichen wir auch Einheit. Wir bleiben großartig in unserer Individualität und trotzdem stehen wir zusammen, stark und stolz in unserer Einheit. Mit anderen Worten, in der manifesten Welt der Form kommen wir mit *Simultaneität* dem Non-Dualen am nächsten. So kommen wir am dichtesten an das „nicht zwei“. Denn wie sonst könnten wir – wie sonst *sollten* wir – über diese so entscheidende und historische evolutionäre Schwelle treten, wenn nicht Hand-in-Hand, wenn nicht simultan, wenn nicht..... zusammen?

Das Paradoxe in diesem und in allen früheren evolutionären Übergängen ist, dass immer, wenn eine kritische Stufe erreicht ist, Wettbewerb endgültig als Strategie für individuelles Überleben erlischt und stattdessen zu einer Strategie für kollektiven Selbstmord wird. An diesem Punkt – einem Punkt, dem wir uns schnell nähern – wird Kooperation zum Eigeninteresse eines jeden Menschen. Aber um Regression in das Chaos zu vermeiden und Kooperation auf einer neuen höheren Ebene zu entwickeln, braucht es nicht nur globale und simultane Handlungen, die die Hindernisse für internationale Kooperation überwinden. Außerdem wird ein angemessener *katalysierender politischer Prozess* benötigt. Denn, wie Wilber richtigerweise klarstellt:

„Jede Revolution, jede Transformation, jeder Wandel im Bewusstsein und in der Kultur, der wirklich beständig bleibt, *benötigt* eine Unten-Rechts Komponente [d.h. nicht nur eine Theorie, sondern eine neue Form von soziopolitischer *Praxis*], und wenn diese Komponente nicht präsent ist oder nicht hervortritt, kannst du jeglichen Anspruch, ein neues Paradigma, eine großartige Transformation oder ein neues und revolutionäres Irgendwas zu haben, vergessen.“²²

Das, in aller Kürze dargestellt, ist es, was die Simultane Politik- (Simpol) Kampagne vielleicht anbietet: eine transformative politische *Praxis* für uns, um auf verantwortliche und bewusste Weise das jetzt überlebenswichtige Holon der menschenzentrierten *Global Governance* gemeinsam zu erschaffen; eine weltzentrische Governance, geboren aus einer aperspektivischen Schaulogik, die politische Parteien und Nationalstaaten transzendiert und umfasst und „durch die das Blut einer gemeinsamen Menschheit fließt und das einmalige Herz eines sehr kleinen Planeten schlägt, der um sein Überleben

kämpft und der sich sehnt, in sein tieferes und wahrhaftigeres Morgen befreit zu werden“ (Wilber, 2000, S. 206).

Literaturhinweise

Beck, D. & Cowan, C. (1996). *Spiral Dynamics – Mastering values, leadership, and change*. Malden, MA. Blackwell Publishing Ltd.

Blair, D.J. (2008). Race to the bottom denial: Reassessing the globalisation-environmental regulation relationship. *Allacademic*. Gefunden am 15. Juli 2009 in <http://www.allacademic.com/pages/p268485-1.php>.

Bunzl, J. (2001). *The Simultaneous Policy – An insider’s guide to saving humanity and the planet*. London, New European Publications.

Bunzl, J. (2009a). *People-centred Global Governance – Making it happen!* London, International Simultaneous Policy Organisation. Das Buch kann kostenfrei bei http://www.simpol.org/en/images/Books/PCCG_Manuscript_3.7-Site_version.pdf herunter geladen werden.

Bunzl, J. (2009b). *Solving Climate Change: achieving a noospheric agreement*. Artikel 7 im *Journal of Integral Theory & Practice*, v4.4, Oktober 2009.

Bunzl, J. (2012). *Discovering an Integral Civic Consciousness in a Global Age*. Wird Anfang Januar 2012 im *Journal of Integral Theory & Practice* publiziert.

Gray, J. (1998), *False Dawn – The delusions of global capitalism*. Granta Books, London.

Habermas, J. (1973). *Legitimation Crisis*. London, Polity Press.

Habermas, J. (1979). *Communication and the Evolution of Society*. Beacon Press.

Hoekman, B. & Macroidis, P. (2000). WTO Dispute settlement, transparency and surveillance. *The World Economy*, 23:4 527 -542.

Johnston, R.J. (1996). *Nature, State and Economy – A political economy of the environment* (Zweite Auflage). Chichester, UK, John Wiley & Sons.

Koestler, A. (1979). *Janus: a summing up*. London, Picador (Pan Books Ltd.).

Laske, O.E. (2008). *Measuring hidden dimensions of human systems*. Interdevelopmental Institute Press.

McIntosh, S. (2007). *Integral Consciousness and the future of evolution*. St. Paul. Paragon House.

Sachs, W; Loske, R; Linz, M. (1998). *Greening the North – A post-industrial blueprint for ecology and equity*. London, Zed Books.

Sahtouris, E. (2000). *Earth Dance – Living systems in evolution*. iUniversity Press, Lincoln.

- Sehm-Patomäki, K. & Ulvila, M. (Hrsg.)** (2007). *Global Political Parties*. Zed Books, London.
- Stewart, J.** (2000). *Evolution's Arrow – The direction of evolution and the future of humanity*. Canberra, Chapman Press.
- Stewart, J.** (2008). *The Evolutionary Manifesto – Part 3. Advancing evolution by enhancing evolvability*: <http://www.evolutionarymanifesto.com/man3.html>. Gefunden am 4. August 2009.
- Tonkin, A.** (2010). Why Western Democracy is not a Global Notion. *Integral Leadership Review*, März 2010. <http://www.integralleadershipreview.com/archives-2010/2010-03/2010--3-global-values.php>. Gefunden am 20. März 2010.
- Vermeij, G.J.** (2004). *Nature – An economic history*. Princeton University Press.
- Whittaker, D.J.** (1997). *United Nations in the Contemporary World*. London, Routledge.
- Wilber, K.** (2000). *Sex, Ecology, Spirituality – The Spirit of Evolution*. London, Shambala.
- Wilber, K.** (2001). *A Brief History of Everything*. London, Gateway (Gill & Macmillan).
- Wright, R.** (2001). *Nonzero - History, evolution and human cooperation*. London, Abacus (Random House).

Endnoten

- 1 Weitere Beispiele siehe Ausschnitt A: An Integral Age at the leading Edge. Part III. The Nature of Revolutionary Social Transformation (Seite 2), <http://Wilber.shambala.com/html.books/kosmos/excerptA/part3-2.cfm>
- 2 © Copyright Dr. Don E. Beck. Alle Rechte vorbehalten. Dr.Beck@attglobal.net. Nachdruck mit freundlicher Erlaubnis.
- 3 Vorschlag für eine parlamentarische Versammlung der Vereinten Nationen. Siehe: <http://uncampaign.org/>
- 4 *Bridging the Globalization Gap: Toward Global Parliament*, 80 Foreign Affairs, 212 (2001), Richard Falk und Andrew Strauss
- 5 Siehe: <http://www.voteworldparliament.org>
- 6 Wie vorgebracht in *The Age of Consent – a manifesto for a new world order*. Flamingo, 2003.
- 7 World Constitution and Parliament Association. Siehe <http://www.worldparliament-gov.org>
- 8 World Parliament Experiment. Siehe: <http://www.tgd.org>. Siehe auch: *Towards a World Parliament: A summary of the debate and a proposal for an electronic world parliament on the internet organized by civil society*, von Rasmus Tenbergen. <http://ifld.de/essay/worldparliament.pdf> (Gefunden am 31. August 2011).
- 9 Worldwide Direct Democracy Movement. Siehe: <http://www.world-wide-democracy.net>
- 10 Kapitel VII der UN Charter sieht für den Fall von gesetzlichen Resolutionen die Möglichkeit von Sanktionen und die Genehmigung des Einsatzes von Gewalt vor. Aber der Beschluss dieser Dinge liegt allein beim Sicherheitsrat.
- 11 E-Parlament. Siehe bitte: <http://www.e-parl.net>
- 12 Zu Global Greens siehe <http://www.globalgreens.org>. Zu der gewaltfreien Radical Party siehe <http://www.radicalparty.org>.
- 13 Aus einer persönlichen E-Mail an mich am 11.04.2011, für die ich äußerst dankbar bin.

¹⁴ Obwohl wir Bezug nahmen auf Strategien, die einen negativen Effekt auf die *ökonomische* Wettbewerbsfähigkeit einer Nation haben, könnten Strategien, die die militärische oder andere Wettbewerbsfähigkeit einer Nation negativ beeinflussen, ebenfalls mit einbezogen werden.

¹⁵ *A Proposal for International Monetary Reform*, Eastern Economic Journal, Vol. 4 (1978).

¹⁶ Obwohl wir uns auf Regulierungen beziehen, die einen negativen Effekt auf die *ökonomische* Wettbewerbsfähigkeit einer Nation haben, können auch solche einbezogen werden, die Wettbewerbsfähigkeit einer Nation in militärischen oder anderen Bereichen negativ beeinflussen.

¹⁷ Selbstverständlich wären in dieser Kategorie nicht nur solche Regulierungen, die *keinen* negativen Effekt auf Wettbewerbsfähigkeit haben, sondern auch solche, die wahrscheinlich eine *positive* Wirkung haben; z.B. diejenigen, die individuellen Nationen einen Wettbewerbsvorteil verschaffen.

¹⁸ Bitte beachten Sie hier, dass es für Politiker keinen Sinn machen würde, zunächst zu unterschreiben, um mehr Stimmen zu bekommen, und dann zu einem späteren Zeitpunkt nicht Wort zu halten. Wenn sie es tun würden, dann würden sie nur die Stimmen *verlieren*, die sie zunächst gewinnen wollten, und daher würden sie ihre politische Karriere gefährden. Zu irgendeinem Zeitpunkt ihr Versprechen zu brechen, ist daher schlicht nicht in ihrem Interesse. Und wenn es zu der Umsetzung selber kommt, sind die Weltprobleme wahrscheinlich derart kritisch, dass keine Person mit gesundem Menschenverstand mehr zögern würde. Mit anderen Worten, bis dahin wäre die Umsetzung in jedermanns Interesse.

¹⁹ Obwohl die Prozesse der Kampagne am eindrucksvollsten in Ländern funktionieren, deren Wahlen auf dem einfachen Mehrheitssystem beruhen, sind alle Wahlen auf Konkurrenz zwischen den Kandidaten angewiesen. Daher sollte sich die Kampagne insgesamt als ziemlich wirksam erweisen, unabhängig von dem betreffenden Land. Sie müsste ggfs. jedoch ihren Ansatz an die jeweiligen individuellen nationalen Wahlsysteme anpassen.

²⁰ Um sicherzustellen, dass die Kampagne ausreichend demokratische Legitimation vor ihrer Einführung hat und um sicherzustellen, dass ihre beträchtliche transformative Kraft nicht missbraucht wird, spezifiziert ihre Gründungserklärung, dass eine Einführung nur geschehen darf, wenn eine Mehrheit von Bürgern (zumindest in den demokratischen Ländern) – ob sie nun Kampagnenunterstützer sind oder nicht – ihre

Zustimmung gegeben hat. Es wird erwartet, dass die Mehrheit zu dem Zeitpunkt sowieso Unterstützer sind.

²¹ Für weitere Details:

http://www.simpol.org/en/endorsements/Endorsements_FS.htm

²² Siehe Ken Wilber Online. *Excerpt A: An Integral Age at the Leading Edge Part III. The Nature of Revolutionary Social Transformation (Seite 1)*:

<http://wilber.shambala.com/html/books/kosmos/excerptA/part3-1.cfm>. Gefunden am 12. Oktober 2004.